

Antrag aus dem Amtsblatt Lh Hannover
Nr. 19 v. 11.5.78

2. Stadt Pattensen

Bebauungsplan Nr. 113 A „Das Kleine Hornfeld“ im Ortsteil Pattensen

Gemäß § 12 Bundesbaugesetz (BBauG) wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß der Bebauungsplan Nr. 113 A „Das Kleine Hornfeld“ im Ortsteil Pattensen durch den Herrn Regierungspräsidenten in Hannover mit Verfügung vom 30. November 1976 – Az.: 214.7–521 IV/76 – genehmigt wurde.

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 113 A „Das Kleine Hornfeld“ wird der seit dem 28. Februar 1974 rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 113 „Das Kleine Hornfeld“ aufgehoben.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 113 A „Das Kleine Hornfeld“ wird wie folgt begrenzt:

Im Norden und
Osten: Westliche Grenze der Hiddestorfer Straße.

Im Süden: Im Osten beginnend an der Nordseite des Lüderser Weges bis zur Westgrenze des Hauses Lüderser Weg 16, dann nach Süden auf die Südseite des Lüderser Weges verspringend bis zur Westseite des Schützenplatzes, alsdann wieder nach Norden auf die Südseite des Bennigser Weges verspringend bis zur Westseite des Grundstückes Bennigser Weg 4.

Im Westen: Im Süden am Bennigser Weg, beginnend bis zur Nordseite des Lüderser Weges, alsdann entlang der Nordseite des Lüderser Weges nach Osten bis zur Westgrenze des Grundstückes „Landesarchiv“. Von hier aus nach Norden entlang der Westseite des Archivgrundstückes bis an die Nordseite der Straße „Auf dem Horne“, alsdann an der Nordseite der Straße nach Osten verlaufend bis an die Westseite des Grundstückes „Osterfeld 1“. Die Grenze läuft von hieraus in nördlicher Richtung bis an die Westseite der Hiddestorfer Straße.

Der genehmigte Bebauungsplan Nr. 113 A „Das Kleine Hornfeld“ im Ortsteil Pattensen liegt mit Begründung im Rathaus der Stadt Pattensen - Bauamt -, Nebengebäude, Hofstraße 2, während der Dienstzeit öffentlich aus.

Gemäß § 12 Bundesbaugesetz (BBauG) wird der Bebauungsplan Nr. 113 A mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Auf § 155a und § 44c BBauG wird folgendermaßen hingewiesen:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des BBauG beim Zustandekommen des o. a. Bebauungsplanes ist gemäß § 155 a BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Eintreten der Rechtsverbindlichkeit gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht wird. Diese Rechtsfolge tritt nicht ein, wenn die Vorschriften über die Genehmigung und die Veröffentlichung des o. a. Bebauungsplanes verletzt worden sind.

Gemäß § 44c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in den §§ 39 (Vertrauensschaden), 40 (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), 42 (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr- und Leitungsrechten), 43 (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzungen), 44 (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Anspruches kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen nach § 44a BBauG beantragt wird.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Pattensen, den 4. Juli 1977

Der Stadtdirektor
Drücker

C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN